

Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin

Protokoll

45. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 04.06.2020
Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr
Sitzungsende: 20:35 Uhr
Ort, Raum: JHA: Video-Konferenz;
<https://global.gotomeeting.com/join/193281949>

Anwesend sind:

Frau Bezirksstadträtin Ramona Reiser

Herr Oliver Kociolek Grüne

Herr Tilo Siewer Grüne

Herr Jürgen Radloff-Gleitze SPD

Herr Daniel Schwarz SPD

Frau Petra Schrader DIE LINKE

Herr Dimitri Golodni CDU

Herr Clemens Torno AfD

Frau Sabine Derwenskus-Böhm JHA stellv. BD

Herr Michael Fleisch JHA stellv. BD

Vertretung für: Frau Heidemarie
Depil

Frau Andrea Lang

Frau Monika Goral Jugendamtsleiterin

Frau Asra El-Mohamad JHA beratendes Mitglied

Frau Monika Fabri Freigeistige Verbände

Frau Jutta Schauer-Oldenburg Integrationsausschuss

Bezirksamt: Frau BzStRätin Reiser

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Protokoll:

zu 1 **Begrüßung und Genehmigung der TO**

Die DS 2300/V (TOP 9.1) wird im Anschluss an TOP 4 beraten.

Die Tagesordnung wird ansonsten wie vorliegend behandelt.

zu 2 Genehmigung der Protokolle zu den Sitzungen 38-44

Der TOP wird vertagt.

zu 3 Mitteilungen

zu 3.1 des JHA-Vorsitzenden

Es liegen keine Mitteilungen vor.

zu 3.2 des Bezirksamtes

Anzahl Inobhutnahmen

Frau BzStRätin Reiser informiert, dass die gewünschten Zahlen zu den Inobhutnahmen vorab per E-Mail übersandt worden seien

Schriftliche Anfrage im Abgeordnetenhaus

Sie weist zudem auf eine im Abgeordnetenhaus eingereichte Schriftliche Anfrage hin, mit dem Titel „Berliner Kinder- und Jugendarbeit während und nach der Coronapandemie“ und der DS-Nummer 18/23541. Der Beitrag des Jugendamts Mitte zur Beantwortung der Fragen werde nachgereicht, die gesamte Beantwortung der 41 sehr spannenden Fragen könne aber auch auf der Seite Abgeordnetenhauses gelesen werden.

<https://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-23541.pdf>

Kita-Baumaßnahmen

Frau BzStRätin Reiser berichtet über die einzelnen Kita-Baumaßnahmen in Mitte. Im Zielsystem des Bezirksamts Mitte sei der Ausbau von Kitaplätzen aufgenommen. Mit benannt seien auch konkrete Standorte.

Der Bericht werde den Ausschussmitgliedern übersandt.

Es werde regelmäßig über den aktuellen Stand berichtet.

„Flexi-Budget“

Am gestrigen Tag sei das Bezirkskonzept einschließlich der geplanten Maßnahmen an die Senatsverwaltung übersandt worden. Das Thema können in einer der nächsten Sitzung vertieft werden. Ziel sei es, belasteten Familien einen niedrigschwelligen Zugang zu sozialräumlichen Unterstützungs- und Förderangeboten zu ermöglichen, bevor die Hilfe zur Erziehung in Betracht komme. Den Rahmen bilden die Angebote nach § 13 (1), 14, 16, 17 und 18. Pro Bezirk stehen 300.000,- € für das Jahr 2020 und 600.000,- € im Jahr 2021 zur Verfügung. Von den 16 eingereichten Projektvorschlägen seien 10 der Familienförderung zuzuordnen, 3 Projekte haben den Schwerpunkt mobile Jugendsozialarbeit und ein Projekt richte sich gezielt an Väter zum Thema häusliche Gewalt. Das „Umgangscafé“ sei ebenfalls als ein Projekt eingereicht worden.

zu 4 Jugendgerichtshilfe – Neuköllner Handlungskonzept

BE: Jugendgerichtshilfe BA Neukölln

Den Ausschussmitgliedern des JHA Mitte liegt ein Antrag der Fraktion der CDU vor, sich das Handlungskonzept aus dem Bezirk Neukölln zum Vorbild zu nehmen. Vor diesem Hintergrund stellen Vertretende der „AG Kinder- und Jugendkriminalität in Neukölln“ das Neuköllner Konzept vor. Herr Hey von der Jugendgerichtshilfe Mitte wird den Bericht aus der Sicht des Bezirks Mitte ergänzen.

Das 2017 installierte Neuköllner Konzept wird den Ausschussmitgliedern hinsichtlich Intention, Entstehung und Praxistauglichkeit vorgestellt. Bereits Jahre vorher hat es die Idee gegeben, ein Projekt zu schaffen, das Intensivtäterkarrieren vorbeugt. Dazu müsse das Kind oder der Jugendliche noch nicht zwangsläufig selbst straffällig geworden sein. Es werde bereits der Kontakt aufgenommen, wenn das familiäre Umfeld Anhaltspunkte biete. Die Grundindikatoren seien Devianz, Schuldistanz, Schulversagen oder auffälliges Verhalten in der Schule, zielloses Freizeitverhalten sowie ein instabiles Familiensystem.

Die Vermittlung erfolge hauptsächlich über den Regionalen Sozialdienst (RSD), insbesondere bei den Kindern unter 14 Jahre. Jugendliche ab 14 Jahre, die bereits straffällig geworden seien, leite die Jugendgerichtshilfe den Kontakt ein. Aufgrund der engen Kooperation mit der Polizei werde die Möglichkeit gegeben, sehr schnell zu reagieren. Die Betreuung umfasse etwa ein Jahr.

Vermieden werde sollte auch, dass nicht zu viele Hilfen gleichzeitig auf die junge Person einwirken, sodass eine Art Müdigkeit entstehe.

Ein Täter-Opfer-Ausgleich sei in Zusammenarbeit mit der Jugendgerichtshilfe möglich.

Die AG-Mitarbeitenden seien direkt beim Bezirksamt Neukölln beschäftigt. Die Besonderheit sei der ganzheitlich systemische Ansatz. Derzeit werden 41 intensive Fälle betreut, was bei drei Mitarbeitenden in der AG sehr sportlich sei. Die vierte Stelle sei ausgeschrieben. Die Eltern seien größtenteils kooperativ und würden die Schweigepflichtentbindungserklärung unterzeichnen. Sämtliche beteiligte Partnerinnen und Partner werden um Einwilligung zur Verarbeitung der Informationen gebeten. Es handle sich um ein freiwilliges Angebot für die Familie. Bei Nichtannahme drohen keine Konsequenzen.

Eine Evaluation des Projekts werde von Camino durchgeführt. Bisher seien in Neukölln 27 Betreuungen mit Erfolg beendet worden. Ein Abbruch oder das „Abrutschen auf die schiefe Bahn“ sei in 6 Fällen erfolgt. Im Unterschied zur Hilfe zur Erziehung sei die AG nicht an das Hilfeplanverfahren gekoppelt, sondern bediene sich z.B. der Formen aus dem Antigewalttraining. Auch sei die Abhängigkeit von der konstanten Mitwirkung seitens der Familie nicht gegeben.

Die Finanzierung der vier Stellen erfolge zu 70% aus § 13, 20% aus der Jugendgerichtshilfe und 10% aus den Gemeinkosten.

Frau Goral (Jugendamt Mitte) informiert, dass der Bezirk Mitte ein solches Team nicht installiert habe. Die Arbeit sei intensiv, sozialpädagogisch und ganzheitlich, während die Jugendgerichtshilfe den Gerichtsprozess begleite. Es gebe Evaluationen zur Hilfe zur Erziehung. Gelingen es, die Motivation an der Zusammenarbeit herzustellen, gelinge auch die Zusammenarbeit mit anderen.

Ein großer Vorteil der AG sei die zeitliche Flexibilität, der Zeitraum und die Anzahl der Stunden sei nicht vorgegeben.

zu 5

Jugendliche auf der Straße

BE: Frau Elvira Bernd und Herr Tillmann Pritzenz (beide Gangway e.V.)

Der Vorsitzende begrüßt die Vorsitzende des Landesjugendhilfeausschusses, Frau Bernd, mit ihren Kolleginnen und Kollegen, die beim Träger Gangway e.V. tätig sind und heute über Jugendliche auf der Straße berichten. Es werden Videobeiträge der Jugendlichen präsentiert, die online zu finden sind:

Link zum Video "Leben trotz Duldung":

<https://youtu.be/RFIgUHAJM18>

Jugendliche Stimmen aus dem "Off":

<https://gangway.de/projekt/stimmen-aus-dem-off/>

Weitere Beiträge seien auf der Instagram-Seite als auch auf der Webseite zu finden:

www.gangway.de

Die Teams des Trägers seien auf die Ortsteile des Bezirks Mitte verteilt. Die Teams stellen jeweils ihre Arbeit vor, insbesondere die Herausforderungen während des Lockdowns. Am Alexanderplatz gebe es eine zusätzliche Verdrängungsgefahr durch die Polizei, obwohl das Platzkonzept einen öffentlichen Raum für alle Menschen anbiete. Am Leopoldplatz werde sich Gangway sehr stark einbinden.

Die AG aus Neukölln habe das Prinzip der aufsuchenden Arbeit unter TOP 4 beschrieben. Weitere wesentliche Aspekte seien Aufsuchen und Hingehen, Beziehungen aufbauen und mit Freiwilligkeit zu arbeiten. Die Altersgruppe sei zwischen 14 und 27 Jahren. Die Hilfe werde ohne Vorbedingungen geleistet.

Während der Coronakrise seien viele Gespräche im digitalen Raum erfolgt, der Bedarf am persönlichen Gespräch sei wieder groß geworden.

Die Eröffnung des JARA-Containers erfolge morgen, somit am 05.06.2020.

Der Vorsitzende weist auf den Beschluss zum Ankerpunkt am bisherigen Ort hin. Frau Homann informiert, dass das Schild noch nicht angebracht sei. Der aktuelle Standort am Haus der Statistik sei zudem nur eine Zwischenlösung bis dort die Bauarbeiten beginnen.

Eine Herausforderung sei der Zugang zu Wohnraum. Derzeit sei zu beobachten, dass immer mehr Jugendliche sich auf der Straße aufhalten.

Es sollte darauf geachtet werden, dass bei Öffnung nach der Coronakrise die Jugendlichen nicht mit einer Flut von Behördenbriefen überfordert werden.

Frau Goral bedankt sich für den ausführlichen Bericht und informiert, dass die Behörden auch während der aktuellen Schließzeit anwesend und per Email und telefonisch erreichbar seien. Sie weist insbesondere darauf hin, dass mit dem Ausbau der Jugendhilfe und der Jugendberufshilfe weitere Angebote nach § 13 Abs. 3 SGB VIII unterbreitet werden können, so z.B. die Kombination aus Ausbildung und Wohnen während der Ausbildung. Die Mittel seien vorhanden. Sie bittet, sich an die Jugendberufshilfe, den RSD oder direkt an Herrn Steinhagen zu wenden.

zu 6 Berichterstattung aus den AG'en 78

Frau Smuga, AG Familienzentren Mitte

Die Stellungnahme zur Umsetzung des Familienfördergesetzes liegt den Ausschussmitgliedern vor. Die aktuelle Fassung sei am 05.05.2020 in geänderter Form übersandt worden.

Frau Goral (Jugendamt) unterstütze den Antrag. Dass die Jugendhilfeausschüsse sich dazu positionieren, komme zum richtigen Zeitpunkt. Die KLR-Risiken seien bekannt, so dass die Qualität der Leistungen vernünftig gesichert werden sollte.

Die Vorlage soll der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie sowie den Fraktionen im Abgeordnetenhaus von Berlin zur Kenntnis gegeben werden.

Die erforderliche Beteiligung wird um die „Familien“ ergänzt.

Mit dieser Änderung wird die Vorlage mit 8 Ja-Stimmen einstimmig beschlossen.

Frau Homann, AG Jugendarbeit/ Jugendsozialarbeit

- Die vielen neuen Regeln werden von den jungen Menschen bestenfalls in der Einrichtung eingehalten, draußen aber nicht. Mit diesen Widersprüchlichkeiten umzugehen, ist für die Mitarbeitenden nicht einfach.
- Informationsweitergabe zu den Lockerungen kommen in den Einrichtungen nicht schnell genug auf den offiziellen Wegen an. Senatsinfos kommen über die Presse schnell aber nur verzögert bei den Trägern an. Z.B. ‚Wie viele dürfen wie Sport machen (drinnen/ draußen)?‘ Der Bezirk kann nur zeitverzögert diese Senatsinfos für die Jugendeinrichtungen verarbeiten. Dies ist schwer an die Zielgruppen vermittelbar.
- Manche Zielgruppen werden nur noch schwer erreicht (vor allem die, die nur den offenen Bereich zum Treffen mit Freunden*innen nutzen). Z.T. treffen sich die Jugendlichen einfach vor der Tür der Einrichtung.
- Die jüngeren Nutzer*innen können sich eher mit den neuen Regeln in den Einrichtungen arrangieren.

- Digitalen Angebote laufen weiter und es gab auch Feedback der Zielgruppe, dass diese Angebote weiterlaufen sollen. Über die digitalen Angebote sind z.T. auch neue Nutzer*innen hinzugekommen. In der Jugendamtsverwaltung wird daran gearbeitet, dass diese digitalen Angebote zukünftig in den Produktkatalog aufgenommen werden, damit sie in der KLR einfließen können.
- Datenschutzfragen beim Einsatz von digitalen Tools haben sehr viel zeitliche Ressourcen der Einrichtungsmitarbeitenden gekostet. Die Möglichkeit Video-Chat ist für die Zielgruppen der Einrichtungen wichtig, es gibt aber keine datenschutzunproblematischen Plattformen, die einfach zu nutzen sind. Hier wäre eine anbieterunabhängige Plattform wünschenswert, wie es vereinzelt schon Kommunen in Deutschland aufbauen.
- Kooperationen Schule/ Bildungseinrichtungen verändert sich gerade nach dem Lock-down hin zu vermehrten Anfragen, ob Räume der JFE'en mit im Vormittagsbereich als Ausweichflächen genutzt werden können.
- Die Einrichtungen die Hausaufgabenhilfe anbieten berichten von einem extrem hohen Bedarf an schulischer Unterstützung (auch jetzt, wo Schulbesuch teilweise wieder stattfindet). Teilweise gibt es aber auch die Entwicklung, dass Jugendliche die vor Corona in die Einrichtung kamen, nicht mehr kommen, weil sich viele schulische Anforderungen in den späteren Nachmittagsbereich verschieben (Videokonferenz mit Lehrern, Lernen mit Unterstützung der Eltern, etc.)
- In den JFE'en werden viele Spannungen in den Familien wahrgenommen, die z.B. aus der Situation resultieren, mit mehreren Kinder Job und begleitetes Lernen zu Hause unter einen Hut zu bringen. Es ist eine große Herausforderung mit und für diese Kinder und Jugendliche Unterstützungsangebote zu finden.

Frau Richter, AG Mädchen

Sie schließe sich dem Bericht der AG Jugendarbeit/ Jugendsozialarbeit sowie dem Bericht des Trägers Gangway an. Die Arbeit während der Coronakrise sei ähnlich abgelaufen. Sie erarbeiten unterschiedliche Szenarien, für den Fall einer anhaltenden Krise.

Frau Traql, AG Gesundbrunnen/ Soldiner Straße

Die Sitzung der RAG habe digital stattgefunden und beschäftigte sich mit den Herausforderungen der Arbeit während der Coronakrise, insbesondere im Bereich des Homeschoolings.

In Bezug auf die Wiederöffnung fehlen Organisationen, die Familien mit Kleinkindern helfen, Regelungen und Hinweise. Das Jugendamt wird gebeten, dem abzuhelpen.

Frau Bresche, AG Hilfen zur Erziehung

Es haben während der Coronakrise keine Sitzungen stattgefunden, da das digitale Format nicht in Betracht gezogen worden sei. An das Jugendamt wird die Frage gerichtet, wie die zukünftigen Geschäftsabläufe organisiert werden. Sie seien auch an den Erfahrungen des Jugendamtes während der Krise interessiert, auch aus dem Bereich KJPD und dem Jugendgesundheitsdienst.

Der Vorsitzende schlägt vor, dass die Bereiche des Jugendamts sowie die AGs schriftliche Kurzberichte einreichen.

Es sollten zudem Erkenntnisse aus der Krise gezogen werden, die als Grundlage einer evtl. Pandemieplanung dienen könnten.

Frau Goral begrüßt den Vorschlag.

Sie werde zudem den Hinweis zur Arbeit mit Kleinkindern mitnehmen und eine Antwort nachreichen.

zu 7 **Berichterstattung aus der Spielplatzkommission**

Es liegen keine Berichte vor.

zu 8 **Aktuelle Viertelstunde**

Frau BV Schrader, Fraktion DIE LINKE und Frau Schauer-Oldenburg

Für die Ferienzeit werden seitens der Senatsverwaltung Lernhilfen, auch für benachteiligte Kinder, angeboten. Sie erkundigt sich, ob das Jugendamt Informationen zu den Lernbrücken der freien Träger habe.

Frau Samuray berichtet, dass in den Schulen die Bedarf seitens der Schülerinnen und Schüler abgefragt worden seien. Dem Jugendamt sei noch nicht bekannt, welche Träger die Durchführung übernehmen werden.

Herr Mase (stellv. BüDep) informiert, dass es sowohl die Sommerschule als auch die Lernbrücke gebe. Die Sommerschule sei für Schülerinnen und Schüler, die Nachholbedarf haben. Die Lernbrücke soll Kinder und Jugendliche erreichen, die durch die Schulschließung nicht erreichbar gewesen seien. Letzteres laufe teilweise bereits.

zu 9 **Beratung von Drucksachen**

zu 9.1 **Neuköllner Handlungskonzept als Vorbild für Mitte** **Drucksache: 2300/V**

Herr Ney befürworte die Einrichtung einer solchen AG. Frau BzStRätin Reiser halte das unter TOP 4 vorgestellte Projekt für sinnvoll. Es werde jedoch keine Möglichkeit gesehen, diese Stellen aus dem bestehenden Stellenplan zu finanzieren.

Herr Ney informiert, dass Neukölln zusätzliche Stellen geschaffen habe.

Frau Goral weist darauf hin, dass die Schaffung weiterer Stellen politisch verhandelt werden müsse. Dem Jugendamt werden aktuell keine weiteren Ressourcen in Aussicht gestellt. Grundsätzlich unterstütze sie das Konzept.

Herr BV Siewer (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen), Frau BV Schrader (Fraktion DIE LINKE) und Herr BV Schwarz (Fraktion der SPD) bitten, die Evaluation des Projekts abzuwarten.

Herr BV Torno von der Fraktion der AfD bittet, den Antrag in einen Prüfauftrag umzuformulieren.

Herr BV Golodnis (Fraktion der CDU) äußert sich sehr empört, dass Bundesmittel an vielen Stellen großzügig verteilt werden, an der Arbeit an Kinder- und Jugendlichen werde jedoch gespart.

Frau Fabri weist auf eine bestehende Einrichtung hin, die eventuell ähnlich arbeite. Das sei das ifgg- Institut für genderreflektierte Gewaltprävention, Osloer Str. 12. Sie regt an, sich diese anzusehen.

Der TOP wird vertagt.

zu 10 **Verschiedenes**

Frau BV Schrader, Fraktion DIE LINKE

Das Jugendamt wird gebeten, in der ersten Sitzung nach der Sommerpause zum aktuellen Stand des Kitaausbaus zu berichten.

Sie berichtet aus der Steuerungsrunde „Schülerhaushalt“. In der gestrigen Sitzung sei ein Konzept unter den aktuellen Bedingungen vorgestellt worden. Keine Schule sei bisher abgesprungen.

Nach der Sommerpause werden Räume für Workshops benötigt. Die Koordinatorinnen und Koordinatoren werden gebeten zu prüfen, ob in den Jugendfreizeiteinrichtungen für etwa 1-1 ½ Stunden im Monat entsprechende Möglichkeiten bestehen.

Frau Homann nehme die Bitte mit in die AG 1.

Frau Goral, Jugendamt

Viele Freizeiteinrichtungen haben für die Sommerferien Reisen geplant und coronage-
rechte Formate entwickelt, sodass die Reisen stattfinden können und werden.
Die beiden zentral gesteuerten Reisen mit etwa 80 Teilnehmenden-Plätzen werden über-
arbeitet, sodass sie durchgeführt werden können.
Nach der Sommerpause wird dazu berichtet.

Frau Lang (BüDep)

Sie weist auf das Schreiben der Senatsverwaltung zur Kinderbetreuung am anderen Ort
hin, dass ebenfalls aufgrund der Raumproblematik angesetzt worden sei. Sie bittet das
Jugendamt in der nächsten Sitzung zu berichten, wie sich die Situation weiterentwickle.

gez.
Tilo Siewer
Vorsitzender

Ersek
Protokollantin